

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/123

3. Juli 1974

Obstruktion statt Politik

Gefährliche Taktik der Opposition

Seite 1 / 38 Zeilen

Die "vierte Partei" kündigt sich an

Offene Differenzen zwischen CDU und CSU in der
Rechtspolitik

Seite 2 und 3 / 45 Zeilen

Wandel von Realitäten

Über die deutsch-israelischen Beziehungen

Von Heinz Westphal MdB

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Seite 4 / 40 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein Pole sieht die bundesdeutsche Jugend

Seite 5 und 6 / 99 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 22 80 37 - 39

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kaiserstr. 10 - 112 Telefon: 376611

Obstruktion statt Politik

Gefährliche Taktik der Opposition

In koordinierter Öffentlichkeitsarbeit versuchen die Opposition und die ihr zuarbeitenden konservativen Medien in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob die Bundesregierung und die sie stützende Koalition den für die Demokratie verhängnisvollen Versuch unternähmen, die Parlamentsarbeit unter unzulässigen und allein aus koalitions- und parteipolitischen Interessen veranlaßten Druck zu setzen, um noch vor der Sommerpause Schattenerfolge aufweisen zu können.

Die Tatsachen sehen ganz anders aus. Die Opposition versucht nämlich, ihrerseits die Gunst der bedrängten Stunde zu nutzen, um in zugegebener geschickter Obstruktionstaktik die Parlamentsarbeit lahmzulegen und gleichzeitig der besorgten Öffentlichkeit den Eindruck zu suggerieren, daß die Koalitionsmehrheit in sich zerstritten und damit arbeitsunfähig geworden sei. Daher werden unter Einsatz aller taktischen und organisatorischen Finessen überall dort, wo das nur möglich ist, Hindernisse aufgebaut und Schwierigkeiten erfunden, die die Beratungen in den verschiedenen Ausschüssen des Bundestages blockieren sollen und sie in Einzelfällen auch tatsächlich blockieren. Die Hektik der Stunde läßt es noch nicht zu, den minutiösen Nachweis für diese Klarstellung vorzulegen. Sobald das aber möglich ist, wird die Öffentlichkeit, ohne der oppositionellen Vereschleierung ausgesetzt zu sein, in tiefem Erschrecken erkennen können, was sich in diesen Tagen und Wochen in Bonn tatsächlich abgespielt hat.

Was sich da abspielt, das hat mit dem normalen Ablauf eines demokratischen Parlamentarismus nichts mehr zu tun. Unter dem Kommando eines allein auf die Wiedergewinnung der Macht im Staate ausgerichteten Parteiinteresses konzentriert sich die Opposition mit allen ihren, auch publizistischen, Hilfskräften auf die künstliche Erzeugung einer Situation, in der sie dann den Einzug der CDU- und CSU-Politiker in die Bonner Machtpositionen als die einzige helfende Alternative anpreisen könnte.

Diese staats- und demokratiagefährdende Obstruktionstaktik der Opposition muß hier und heute vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit bloßgestellt und angeprangert werden. Dieser Taktik muß entschlossen Paroli geboten werden, bevor der Schaden für uns alle unübersehbar geworden und vielleicht sogar irreparabel ist. (ee/3.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Die "vierte Partei" kündigt sich an

Offene Differenzen zwischen CDU und CSU in der Rechtspolitik

Daß die CSU einen "Vogel-Komplex" hat und in diesem Zusammenhang jede Äußerung, Maßnahme oder Planung des Bundesministers Dr. Hans-Jochen Vogel nur noch unter dem Blickpunkt vordergründiger, wahltaktischer Überlegungen betrachtet, ist bekannt. Auffallend ist allerdings, wie weit und wie grundsätzlich die Äußerungen von CDU und CSU zum rechtspolitischen Arbeitsprogramm des Bundesjustizministers auseinandergehen. Hier ergibt sich tatsächlich die Frage, ob man es bereits mit der Ideologie einer "vierten Bundespartei" zu tun hat.

Die Erklärung des Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß, Benno Erhardt, zum Arbeitsprogramm des Bundesministers der Justiz ist kurz, sachlich und beinahe wohlwollend. Er drückte die Hoffnung aus, "daß die verbliebenen Projekte umso tatkräftiger gefördert werden". Seine Fraktion würde es begrüßen, "wenn der Bundesminister der Justiz zu größerer Kooperation bereit wäre". Erhardt sagte ferner eine eingehende Prüfung "im Hinblick auf die Prioritäten, die Realisierbarkeit und die Vollständigkeit der Gesetzesvorhaben" zu. Am Schluß der Erklärung heißt es: "Interessant ist, daß die Justizreform nunmehr offenbar - wofür die CDU/CSU sich immer eingesetzt hat - schrittweise durchgeführt werden soll."

Ganz anders die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Für sie nahm MdB Carl-Dieter Spranger zum rechtspolitischen Arbeitsprogramm des Bundesjustizministers Stellung. Seine Schlußfolgerung

lautete: "Die Legende vom rechten Sozialdemokraten Dr. Vogel ist mit diesem linkspolitischen Arbeitsprogramm erneut und eindrucksvoll widerlegt worden."

Über das, was der rechtspolitische Sprecher der Gesamtfraktion der beiden Unions-Parteien "tatkräftiger gefördert" zu sehen wünscht, urteilte der Sprecher der CSU-Landesgruppe wie folgt: "Die Regierungsvorlagen machen deutlich, was sozialistische Rechtspolitik heißt: Infragestellung und ersatzlose Auflösung überkommener, bewährter Normen und Institutionen, die Freisprechung des Menschen von sittlichen und ethischen Geboten, von Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Mitmenschen und der Allgemeinheit, getragen alles von der Utopie, die Zerschlagung unserer jetzigen Gesellschaftsordnung werde automatisch bessere Lebensverhältnisse schaffen." Dr. Vogels Entwürfe stellten, so behauptete der CSU-Sprecher, "die Ehe als umfassende Lebensgemeinschaft und ihre Ordnungs- und Leistungsfähigkeit in Frage, degradieren sie zu einer Art Wirtschaftsgemeinschaft ohne Haftung mit fast allzeitigem Kündigungsrecht" usw.

Auch der Entwurf zum Strafvollzugsgesetz fand keine Gnade. Der Sprecher der CSU-Landesgruppe bemängelte vor allem, daß Abschreckung und Sühne, "Gerechtigkeit also", keine Erwähnung als Strafzweck finden. Der Entwurf werde "beim gesetzestreuem Bürger kein Verständnis finden" meinte CSU-MdB Spranger. Ob der Strauß-Gefolgsmann den Obmann der CDU/CSU im Rechtsausschuß des Bundestages noch zu den "gesetzestreuem Bürgern" zählt?
(-/3.7.1974/agy/pr)

+ . + . +

Wandel von Realitäten

Über die deutsch-israelischen Beziehungen

Von Heinz Westphal MdB

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft geht nunmehr ins neunte Jahr ihres Bestehens. Gegenüber den Jahren 1966 bis 1970 setzt sich ein reichliches Drittel ihrer Mitgliedschaft aus anderen Personen zusammen. Die Mitgliederstruktur der DIG ist damit einem starken Wandlungsprozeß unterworfen gewesen, sie hat sich erstaunlich verjüngt. Diese Entwicklung zeigt symptomatisch, daß in der Nachkriegsgeneration das Interesse an deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Themen erheblich ist. Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich das Engagement in seinen Motiven geändert hat. Die Jahre 1933 bis 1945 werden zwar aus der Betrachtung nicht ausgeklammert, aber das vorrangige Interesse gilt dem modernen Israel, seinen Menschen und seinen Problemen.

Wer mit dem deutsch-israelischen Jugendaustausch zu tun hat, der weiß, daß den politisch interessierten deutschen Jugendlichen das für die Älteren vielfach charakteristische Alternativdenken - entweder Sympathie für das israelische oder für das arabische Volk - fremd ist. Worum es ihnen geht, ist das durch die Zugehörigkeit zum deutschen Volk nicht irritierte Bemühen, die Licht- und Schattenseiten des Lebens in Israel, seine Politik, seine Kultur und seine Gesellschaft in möglichst repräsentativen Ausschnitten kennenzulernen und von dieser Basis aus zu einem eigenen Urteil zu kommen. Diese Sachlage mag jenen unverständlich bleiben, die die Übernahme eigener politischer Vorstellungen durch junge Menschen wie selbstverständlich erwarten.

Veränderten Motiven in der Bundesrepublik, die der Beschäftigung mit Israel zugrunde liegen, steht in Israel selbst eine gewandelte Realität gegenüber. Das Land hat gegenüber 1948 ein neues demographisches Schwergewicht gewonnen: Rund 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung stammen aus dem asiatisch-afrikanischen Raum und sind damit von eigenen historischen Erinnerungen, von eigenen kulturellen und politischen Wertvorstellungen geprägt. Ihr Weltbild unterscheidet sich von dem jener meist aus Europa und Amerika kommenden Juden, die schon bei Staatsgründung im Lande lebten. Diese Auffächerung schlägt sich im öffentlichen Bewußtsein nieder. Israel hat sich emanzipiert. Seine jüdischen Staatsbürger verstehen sich nicht als die Angehörigen und Nachkommen einer Generation von Flüchtlingen, sondern als Glieder einer neuen, israelischen Wirklichkeit.

Ich meine, daß die Deutsch-Israelische Gesellschaft dem Wandel in beiden Staaten in Zukunft stärker Rechnung tragen muß. Mit dem Ausklammern bestimmter Bereiche israelischer Wirklichkeit aus unserer Betrachtung nutzen wir am wenigsten den Menschen in Israel. In Briefen von israelischen Freunden lesen wir, daß wir dem Land den besten Dienst erweisen, wenn wir die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Israel mit kritisch verantwortlichem Engagement begleiten.

(-/3.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein Pole sieht die bundesdeutsche Jugend

Der Leiter der Auslandsredaktion des Polnischen Rundfunks, Janusz Kuzzkowski, der im Rahmen der bis zum 7. Juli in Bremen stattfindenden "Polnischen Woche" die Bundesrepublik besuchte und zahlreiche Gespräche mit westdeutschen Jugendlichen führte, veröffentlichte in der sozialdemokratischen "Bremer Bürgerzeitung" einen Erfahrungsbericht.

In der Bundesrepublik spielt bei Begegnungen mit Jugendlichen das Referat, der Bericht eine zweitrangige Rolle. Im Vordergrund stehen vielmehr die Diskussion, bei der die westdeutsche Jugend die sie beschäftigenden Probleme frei erörtern kann, sowie Fragen, die besonders das geographisch so nahegelegene Polen betreffen, das ihnen trotzdem fast unbekannt ist. Hier sind von Schuljugend ausgefüllte Fragebogen ziemlich symptomatisch, woraus hervorgeht, daß der Informationsschutz über Polen tatsächlich minimal ist. Mein Land wird für einen unbedeutenden Staat gehalten, der irgendwo an der Peripherie der Sowjetunion liegt. Die präzisere Lagebestimmung größerer polnischer Städte stellt eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe dar.

Natürlich sind die geographischen Kenntnisse über West- und Nordpolen, die sogenannten ehemaligen deutschen Ostgebiete, unvergleichbar umfangreicher, mit dem Unterschied, daß die polnischen geographischen Bezeichnungen sprichwörtlich der schwarzen Kunst gleichkommen. Es hat mir etwas Mühe bereitet, zu erklären, daß uns keineswegs daran liege, daß sich der Bürger der Bundesrepublik bei der Aussprache schwieriger polnischer Bezeichnung die Zunge zerbräche - sondern vielmehr darum, daß er sich über die Tatsache im klaren sei, daß die Stadt polnisch ist und zu Polen gehört. Dieses Problem hat eine umfangreiche psychologische Bedeutung. Sie spielt bei der voranschreitenden Entwicklung menschlicher Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland eine ernsthafte Rolle.

Ich kam bei meinen Gesprächen mit bundesdeutschen Jugendlichen außerdem zu der Überzeugung, daß auch die Kenntnisse über die Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen nicht gerade die besten sind. Immer noch müssen alte stereotype Formeln erhalten, die viele der Tatsachen, aus denen sich die gemeinsame tausendjährige Geschichte zusammensetzt, einseitig oder tendenziös behandeln. Es ist wirklich verwunderlich, daß in vielen Fällen für die Beweisführung historischer Ansprüche Polens auf die östlich der Oder liegenden Gebiete weniger objektive wissenschaftliche Argumente maßgebend sind als die Feststellung, die Deutschen hätten den von ihnen entfachten Krieg verloren und "hätten die stets in ihrem Besitz gewesenen Gebiete abgeben müssen."

Die Diskussion wird nach Überwindung der ersten Unebenheiten allmählich zu einem ungezwungenen Gespräch. Die Jugend ist offen, als verstünde sie, daß sie etwas zu überwinden hätte. Meiner Empfindung nach gibt es für diese Haltung zweierlei Ursachen. Die erste Ursache bilden Gerüchte der Vergangenheit, entstanden aus den immer noch überdauernden alten Propagandathesen, was bei den Jungen den Wunsch nach Überprüfung hervorruft, ob das, was bei ihnen über Polen erzählt wird, auch den Tatsachen entspricht. Die zweite Ursache enthält den nicht ganz offen zum Ausdruck kommenden Wunsch sich überzeugen zu wollen, wie der Ankömmling aus Warschau wohl mit einer peinlichen Frage zurechtkommen wird. Hat sich die polnische Jugend mit der kommunistischen

Herrschaft abgefunden?, lautet zum Beispiel eine dieser Fragen. Ich gebe bohaft zur Antwort, daß ich einzig aus Taktgefühl heraus nicht die Frage stelle, wie die Jugend hier mit der Herrschaft des Kapitalismus zurechtkäme.

Beginn bei einem neuen Nullpunkt ?

Aber ein weiterer Fragenkomplex hat die Überprüfung meiner empfindungsmäßigen Wahrheitsliebe zum Gegenstand. Meinen jungen Gesprächspartnern geht es darum, zu erfahren, ob ich zu einer objektiven Darstellung von Fragen in der Lage bin, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen ergeben. Da fragen sie dann, wie meine tatsächliche persönliche Einstellung gegenüber den Deutschen von heute aussieht. Sie wollen wissen, was die Polen über sie denken und was sie unternehmen, um Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Diese Fragen werden außerdem von Ansichten solcher Art begleitet, daß die Vergangenheit grundsätzlich auszulöschen sei und man alles von vorn, also beim Nullpunkt beginnen sollte, um so mehr, als "der Vertrag" unterzeichnet worden sei, womit die Anerkennung der Grenze an der Oder und Neiße erfolgt und somit den Hauptforderungen der Polen Genüge getan sei.

Der Abschluß des Vertrages von 1970 und die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen haben hierfür in der Tat eine Grundlage geschaffen - lediglich eine Grundlage, weil der Vertragsabschluß allein nicht die Rechnung des Unrechts der durch den Hitlerfaschismus am polnischen Volke verübten Verbrechen beglichen konnte: eine Verlustrechnung, die für die polnische Gesellschaft noch lange fühlbar sein wird. In politischer wie in moralischer Hinsicht geht es hier um ein äußerst schwerwiegendes Problem. Die DDR ist dafür schon vor langer Zeit eingetreten; die Reparationen, die Polen von diesem Staat erhalten hat, sind größtenteils zu Rentenbezahlungen bestimmt worden sowie zur Entwicklung des Gesundheitsschutzes.

Meine Antwort über meine Einstellung den Deutschen gegenüber lautete ganz einfach, daß die Tatsache meines Aufenthaltes in der BRD, das Suchen unmittelbarer Kontakte zu den Menschen und die freundschaftliche Diskussion mit ihnen wohl für meine Einstellung zu den Deutschen spricht - um so mehr, als mich keiner dazu gezwungen hat und ich ohne weiteres in der Lage gewesen wäre, die Reise auszuschlagen.

Brandt brach mit ungunen Traditionen

Was die Polen denken? Da sollte man der vollständigen Objektivität halber hinzufügen, daß sich - trotz der Unmöglichkeit beim Nullpunkt zu beginnen, weil da in einer entsprechenden Haltung die Erfahrungen der Geschichte zum Ausdruck kommen müssen - im Denken zahlreicher Polen allmählich der Gedanke festigt, der ehemalige Kanzler Willy Brandt habe mit der ungunen politischen Tradition gebrochen.

Ob etwas getan wird, um Vorurteile gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auszuschalten? Ja, es wird etwas getan. Unsere Massenmedien unterrichten seit vielen Jahren objektiv über die Tätigkeit der sozialliberalen Koalition sowie über die politischen Tendenzen in diesem Lande. Diese Probleme werden auf verschiedenartigen Treffen und Versammlungen diskutiert. Die Erweiterung des kulturellen und touristischen Austausches, besonders von Jugendlichen, wird forciert, wobei Polen auch Einzelreisen von Bundesbürgern keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt. In polnischen Lehrbüchern werden zum Beispiel derartige Fakten, wie die Tätigkeit der deutschen Widerstandsbewegung zur Zeit der Herrschaft des Nazismus, hervorgehoben. Das deutlichste aber ist, daß die neue Silhouette des Deutschen den Polen die Möglichkeit der Entwicklung enger, freundschaftlicher Beziehungen zu der DDR bot. In gewissem Maße überträgt sich das auch mittelbar auf die Einstellung gegenüber Bürgern der BRD. - Die Jugend diesseits der Elbe hat wirklich den Wunsch, Polen kennenzulernen, um sich selbst zu überzeugen, wo nun die Wahrheit liegt. Und das ist eben der Anlaß meiner optimistischen Reflexionen.

(-/3.7.1974/ks/pr)